

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE GESUND ALTERN Niedersachsen gewinnen vdek-Zukunftspreis | KRANKENHÄUSER Arzt im Urlaub – Notaufnahme geschlossen | PRÄVENTION „Wollen gemeinsam mit Heimen gute Projekte entwickeln“

NIEDERSACHSEN

VERBAND DER ERSATZKASSEN . DEZEMBER 2017

SOZIALWAHL

Deutlicher Zuwachs:
15,3 Millionen
Stimmen abgegeben

Sozialwahl

2017 Für Gesundheit & Rente



Weil es unsere Wahl ist

15,3 Millionen Versicherte der Ersatzkassen und der Deutschen Rentenversicherung haben ihr Wahlrecht genutzt und bei der Sozialwahl 2017 ihre Stimme abgegeben. So lautet das von der Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen bekannt gegebene Endergebnis. Das Resultat entspricht einem Plus von mehr als einer Million Stimmen gegenüber der vorigen Sozialwahl 2011, davon rund 900.000 bei den Ersatzkassen. Die Wahlbeteiligung betrug 30,26 Prozent und lag damit leicht über dem Wert von 2011 (30,15 Prozent). Der vdek-Vorsitzende Uwe Klemens wertete die Zugewinne als Rückenwind für die Arbeit der Selbstverwaltung und klares Signal an die neue Bundesregierung, die Rechte der Selbstverwaltung zu stärken. Er forderte zudem die Einführung von Online-Wahlen, um noch mehr junge Menschen zur Stimmabgabe zu motivieren.

GESUNDHEITSPOLITIK

Neue Landesregierung gleich gefordert

Von der Modernisierung der Krankenhauslandschaft bis zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung auf dem Land: Auf die neue Landesregierung warten große gesundheitspolitische Aufgaben. Außerdem werden Millionen Niedersachsen systematisch benachteiligt.

Am 15. Oktober haben die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen den neuen Landtag gewählt und damit einen Gestaltungsauftrag auch in der Gesundheitspolitik erteilt. Die Herausforderungen sind beträchtlich. Schon bisher führt der immense Mitteleinsatz für die Gesundheit nicht immer zur bestmöglichen Versorgung. Hinzu kommen veränderte Rahmenbedingungen, etwa der Bevölkerungsrückgang in vielen ländlich geprägten Regionen. Grundsätzlicher Anspruch der Ersatzkassen ist eine leistungsstarke, qualitativ hochwertige wie auch wirtschaftliche Versorgung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Die Handlungserfordernisse erstrecken sich auf verschiedene Themenbereiche.

Reform des Morbi-RSA

Durch den Finanzausgleich der gesetzlichen Krankenkassen, den Morbi-RSA, bekommen die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) deutlich mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds, als sie zur Versorgung ihrer Versicherten benötigen. Alle anderen Kassenarten können demgegenüber

ihre Ausgaben nicht decken. Diese Schere hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnet. Sie führt zu einer unterschiedlichen Belastung der Versicherten mit Zusatzbeiträgen, wobei diejenigen 4,4 Millionen Niedersachsen systematisch benachteiligt werden, die nicht bei der AOK gesetzlich krankenversichert sind.

Krankenhauslandschaft modernisieren

Damit verfehlt der Morbi-RSA sein zentrales Ziel, faire Bedingungen im Kassenwettbewerb zu schaffen. Im Gegenteil verzerrt er den Wettbewerb und gefährdet damit auf Dauer auch die Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung. Die neue Landesregierung ist gefordert, sich beim Bundesgesetzgeber für eine Reform des Morbi-RSA einzusetzen, die die Benachteiligungen kurzfristig stoppt.

Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen bieten spezialisierte Krankenhäuser Patienten eine deutlich höhere Qualität und damit mehr Sicherheit als Kliniken, die Eingriffe seltener erbringen. Deshalb sollten Krankenhausleistungen innerhalb der Regionen stärker gebündelt werden,



Warum sich das Land für einen fairen RSA einsetzen sollte



von
JÖRG NIEMANN
Leiter der
vdek-Landesvertretung
Niedersachsen

FOTO: vdek / Georg J. Lopala

Was hat der Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen, der Morbi-RSA, mit Landespolitik zu tun? Eine ganze Menge. Zunächst einmal geht es um die Belastungsverteilung – sprich: um die Höhe der jeweiligen Zusatzbeiträge. Wird eine Kasse durch den RSA benachteiligt, müssen ihre Versicherten mehr bezahlen als es sonst der Fall wäre. Das betrifft in Niedersachsen 4,4 Millionen Bürger, nämlich all diejenigen, die bei einer Ersatz-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse versichert sind. Wir erwarten vom Land, dass es sich für diese Mehrzahl seiner Bürger einsetzt. Abgesehen davon sollte auch das Land Interesse an einem Kassenwettbewerb zugunsten der Versicherten haben. Derzeit aber werden Krankenkassen nicht für Effizienz und gutes Versorgungsmanagement belohnt, sondern weil sie viele Versicherte mit den auf dem Papier „richtigen“ Krankheiten haben. Oder aber, weil ihre Versicherten vorwiegend in Regionen mit vergleichsweise dünnem medizinischen Angebot leben. Auf Dauer dürfte es sogar die Funktionsfähigkeit der Krankenversicherung gefährden, wenn Kassen unverschuldet ihre Ausgaben nicht decken können. Oft genug hat sich das Land bei bundespolitischen Themen klar positioniert und Einfluss genommen. Ein Abbau der Wettbewerbsverzerrungen im RSA wäre ein solches Engagement allemal wert.



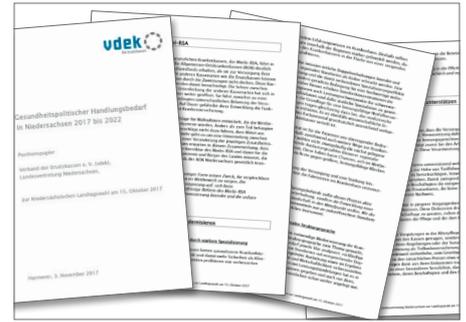
damit auch Patienten in der Fläche von einer steigenden Behandlungsqualität profitieren. Als Voraussetzung dafür müssten örtliche Doppelvorhaltungen beendet und Leistungen an weniger regionalen Standorten als bisher erbracht werden. Damit steigt die Chance, innerhalb der Regionen auch Leistungsschwerpunkte für schwerwiegendere Erkrankungen aufzubauen und dafür ärztliche Spezialisten zu gewinnen.

Das Land als Krankenhaus-Planungsbehörde sollte diesen Prozess aktiv gestalten und nicht die Standorterhaltung, sondern die Entwicklung einer zukunftsfähigen Krankenhauslandschaft in den Mittelpunkt stellen. Völlig zu Recht wird in der Koalitionsvereinbarung darauf hingewiesen, dass das Land „mit der gezielten Vergabe von Investitionsmitteln an Standorte mit Spezialisierungen, Kooperationen und Fusionen“ über ein maßgebliches Instrument dazu verfügt. Die Landesregierung ist zudem aufgerufen, die in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen regionalen Strukturgespräche mit Krankenhausträgern nicht nur fortzusetzen, sondern auch Entscheidungen auf Grundlage der jeweiligen Problembeschreibung herbeizuführen.

»Ankündigung zusätzlicher Studienplätze für Medizin stimmt optimistisch«

Das Land ist in der Vergangenheit seiner Verpflichtung nicht ausreichend nachgekommen, Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Krankenhäusern zu finanzieren. Dadurch ist ein Investitionsstau in Milliardenhöhe entstanden. Krankenhäuser haben sich gezwungen gesehen, notwendige Maßnahmen zweckentfremdet aus Mitteln zu bezahlen, die die Krankenkassen für die Patientenbehandlung zur Verfügung stellen.

Das in der zurückliegenden Legislaturperiode vom Land aufgelegte kreditfinanzierte Sonderprogramm wird dazu beitragen, einen Teil des aktuellen Investitionsstaus aufzulösen. Um einen weiteren



HANDLUNGSBEDARF BENANNT: Ein ausführliches Positionspapier steht unter www.vdek.com/LVen/NDS.html zur Verfügung.

Investitionsstau zu vermeiden, müssen die Landesmittel aber – wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt – „deutlich erhöht“ und auch dynamisiert werden.

Hausärztliche Versorgung auf dem Land sichern

Alle maßgeblichen Analysen gehen von einer erforderlichen Investitionsquote von etwa acht bis zehn Prozent für Krankenhäuser aus. Das würde für Niedersachsen 560 bis 700 Millionen Euro jährlich entsprechen. In der Vergangenheit hat das Land mit 275 Millionen Euro nicht einmal die Hälfte davon zur Verfügung gestellt.

Trotz eines Höchststandes der Zahl von Ärzten wird über einen Mangel diskutiert – über zunehmende Schwierigkeiten, in manchen Regionen Hausarztstühle oder ärztliche Stellen im Krankenhaus zu besetzen. Wenn für die Versorgung tatsächlich mehr Ärzte als bisher benötigt werden, reicht das Kurieren am Symptom nicht aus. So können Förderprogramme und örtliche Anreize zur Niederlassung im Einzelfall hilfreich sein, aber keine landesweit bedarfsgerechte Versorgung gewährleisten. Gleichzeitig beinhalten sie die Gefahr eines Subventionswettlaufs zwischen den Kommunen. Dabei besteht das Risiko, dass sich nicht die Kommune mit dem größeren Bedarf durchsetzt, sondern die finanzstärkere.

Im Studienfach Medizin kommen fünf Bewerber auf einen Studienplatz, das Angebot an Studienplätzen ist eindeutig der limitierende Faktor für das ärztliche Angebot. Sofern also Einvernehmen über einen

Mangel an Ärzten besteht, ist die einzig wirksame Konsequenz die deutliche Erhöhung der Zahl der Studienplätze durch das Land. Es stimmt optimistisch, dass die Landesregierung laut Koalitionsvereinbarung eine solche Erhöhung vorsieht. Wegen der langen Studien- und Ausbildungszeiten müssen die Entscheidungen umgehend getroffen werden, um in absehbarer Zeit Effekte zu erzielen. Ein Teil der Studienplätze muss verbindlich für künftige Hausärzte auf dem Land reserviert sein.

Interessenausgleich in der Pflege unterstützen

Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherstellung der Versorgung bei Pflegebedürftigkeit sind zukunftsfähige Arbeitsbedingungen mit einer leistungsgerechten Bezahlung der Beschäftigten. Die Verantwortung dafür liegt zuerst bei den Arbeitgebern und im weiteren Sinne bei den Sozialpartnern. Diese Verantwortung ist klar zu benennen. Die Pflegekassen können in diesem Prozess unterstützend wirken. Sie haben erklärt, Zahlungen nach Tarif oder bis zur Höhe von Tariflöhnen bei den

Vergütungsverhandlungen zu berücksichtigen. Inzwischen ist dieses Prinzip überdies auch gesetzlich vorgesehen.

Das Ziel besserer Bedingungen für die Beschäftigten in der Altenpflege wird unterstützt. Die Diskussion droht dabei auch durch Beiträge aus der Politik in eine Schiefelage zu geraten, indem den Kassen fälschlicherweise unterstellt wird, zulasten der Pflege sparen zu wollen. Tatsächlich werden steigende Vergütungen in der Altenpflege nicht von den Kassen getragen, sondern von den betroffenen Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen oder der Sozialhilfe. Grund dafür ist, dass die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung angelegt ist: Sie übernimmt nicht die tatsächlich anfallenden Kosten, sondern zahlt den Versicherten vom Gesetzgeber festgelegte Zuschüsse. Die Ersatzkassen erwarten vom Land, dass es durch eine sachliche Diskussion zu einem Interessenausgleich zwischen Anbietern, deren Beschäftigten und den zahlenden Pflegebedürftigen beiträgt.

Wenn sich alle Beteiligten über bessere Bedingungen für die Pflegekräfte einig sind, wird die Pflege zwangsläufig teurer. Das Land sollte die Pflegebedürftigen damit

nicht alleine lassen und sich dann beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, die Leistungsbeträge der Pflegeversicherung

DIE QUARTALSZAHL

560 Millionen Euro

Auf diesen Betrag müsste das Land seine jährliche Investitionsförderung für Krankenhäuser von bisher 275 Millionen Euro mindestens erhöhen.

anzuheben. Ansonsten würden die Kostensteigerungen in vollem Umfang an die betroffenen Pflegebedürftigen weitergereicht.

Über die Annahme eines steigenden Pflegebedarfs besteht weithin Einigkeit. Damit verbunden ist ein erforderlicher Zuwachs an Pflegekräften. Das bedeutet insofern eine besondere Herausforderung, als generell von einem Fachkräftemangel ausgegangen wird und die Pflegebranche mit anderen Branchen um Nachwuchskräfte konkurriert. Insofern ist neben einer Steigerung der Ausbildung im Inland eine gezielte Zuwanderung für den Arbeitsmarkt im Bereich Pflege unerlässlich. Das Land sollte deshalb die gezielte Anwerbung von qualifizierten Pflegefachkräften aus dem Ausland unterstützen.

Anwerbung ausländischer Pflegekräfte

Keinen Beitrag zur Gewinnung von Fachkräften wird demgegenüber die vorgesehene Pflegekammer leisten. Vielmehr entsteht mit der Pflegekammer eine neue bürokratische Behörde mit mehr als 50 Vollzeitstellen und einem jährlichen Finanzbedarf von mindestens 4,8 Millionen Euro, die aus Zwangsbeiträgen der Pflegekräfte zu finanzieren ist. Dabei hat die Pflegekammer kein Mandat, etwa über Arbeitsbedingungen, Tarifverträge, Pflegesätze oder Personalschlüssel zu verhandeln.

Die Ersatzkassen fordern die Landesregierung auf, den Beschluss zur Errichtung der Pflegekammer zu überprüfen und zumindest die Zwangsmitgliedschaft und die Zwangsbeiträge für die Pflegekräfte wieder abzuschaffen. ■



FOTO: photodisc - stock.adobe.com

VOM HÖRSAAL IN DIE PRAXIS: Wenn es an Ärzten mangelt, ist die einzig wirksame Konsequenz die deutliche Erhöhung der Zahl der Studienplätze.

Initiative aus Niedersachsen gewinnt vdek-Zukunftspreis



FOTO: vdek/Georg J. Lopata

PREISVERLEIHUNG IN BERLIN: vdek-Verbandsvorsitzender Uwe Klemens, sein Stellvertreter und Juryvorsitzender Christian Zahn, Wolfgang Spiekermann und Gisela Grote von der Generationenhilfe Börderegion, vdek-Vorstandsvorsitzende Ulrike Elsner (v. l.).

Gesundheit für Ältere gestalten – Lebensqualität fördern“ – unter diesem Motto stand der diesjährige bundesweite vdek-Zukunftspreis. Die Ersatzkassen haben dabei drei Leuchtturmprojekte ausgezeichnet. Der erste Preis, dotiert mit 13.000 Euro, ging nach Niedersachsen, an das Projekt „Hand in Hand im Bördeland“ der Generationenhilfe Börderegion e. V. aus Hohenhameln (Landkreis Peine).

Der mehr als 400 Mitglieder starke Verein ist geprägt vom Prinzip gegenseitiger Unterstützung und sozialer Teilhabe: Jüngere Mitglieder helfen älteren, wenn diese Hilfe oder Begleitung brauchen, sei es im Haushalt, beim Einkaufen oder beim Gang zum Arzt. Außerdem bietet der Verein Informationen und Beratung zu sozialen Themen. Hilfennehmer zahlen dafür pro Stunde acht Euro, von denen sechs dem Helfer zukommen, zwei dem Verein. Die Helfer können diese Aufwandsentschädigungen auf ein Treuhandkonto überweisen – für später, wenn sie selbst Hilfe benötigen.

Die positiven Effekte reichen weit über die praktische Unterstützung hinaus, und zwar für alle Beteiligten: sinnvolle Beschäftigung und Mitgestaltung, Aktivierung von Kompetenzen, Erhalt von Selbstständigkeit und nicht zuletzt Vorbeugung gegen Vereinsamung.

Vereinsamung vorbeugen

Aus dieser besonderen Form von Nachbarschaftshilfe sind weitere Aktivitäten entstanden. In der Begegnungsstätte des Vereins treffen sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder zum Tanzen, Singen, Basteln oder Skatspielen, zu Workshops und Vorträgen. Und für wen der Weg dorthin zu weit und beschwerlich ist, der kann sich kostenfrei vom vereinseigenen VW-Bus abholen lassen.

Die Ersatzkassen würdigen mit dem vdek-Zukunftspreis seit 2010 wegweisende Ideen und Best-Practice-Konzepte zur gesundheitlichen Versorgung. Insgesamt 51 Initiativen haben sich in diesem Jahr beworben. ■

Projektförderung vom Pflegelotsen bis zur Telemedizin

Die Ersatzkassen fördern in diesem Jahr zusammen mit dem Land und weiteren Partnern acht Projekte aus den Gesundheitsregionen mit mehr als 600.000 Euro:

- Celle: Ein Kurzfilmwettbewerb zum Thema Gesundheit soll die Gesundheitskompetenz im Schulalter stärken (Fördersumme: 20.500 €).
 - Grafschaft Bentheim: Ein präventives Projekt soll Heranwachsenden helfen, mit seelischem Leid umzugehen (95.400 €).
 - JadeWeser: Das Projekt zielt auf die Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs, indem Medizinstudierende an die Region gebunden werden (84.001,70 €).
 - Leer: Ziel des Projekts ist eine bessere augenärztliche Versorgung auf der Insel Borkum und der Aufbau eines telemedizinischen Netzwerkes mit Kliniken auf dem Festland (90.410 €).
 - Lüneburg: Zwischen den Versorgungspartnern psychisch kranker Kinder soll eine kooperative Struktur aufgebaut werden (100.000 €).
 - Osnabrück: Ehrenamtliche werden zu interkulturellen Pflegelotsen ausgebildet, um die Gesundheitsversorgung von Migranten zu unterstützen (52.750 €).
 - Peine: Für die Verringerung von suizidalen Handlungen bei Jugendlichen werden ihnen sowie Eltern und Lehrkräften Kompetenzen vermittelt (59.500 €).
 - Region Hannover: Das Projekt will durch ganzheitliche Versorgungsstrukturen eine demenzsensible Kommune schaffen (100.000 €).
- In Niedersachsen gibt es mittlerweile 35 Gesundheitsregionen.

VDEK-FOTOAUSSTELLUNG „DAS KANN SELBSTHILFE!“

Wenn ein Krankenhaus zur Galerie wird

Der gesundheitlichen Selbsthilfe ein Gesicht zu geben – das war das Ziel eines bundesweiten Fotowettbewerbs der Ersatzkassen. Die vdek-Landesvertretung hat die besten Werke nun im KRH Klinikum Siloah in Hannover gezeigt.

Im Lichthof des Krankenhauses Siloah herrscht meist reger Durchgangsverkehr: Ärzte eilen zu Patienten, Pfleger schieben Betten, Besucher sind auf dem Weg zu kranken Angehörigen oder Freunden. In diesem Herbst herrschte jedoch für drei Wochen immer wieder auch Stillstand: Vorübergehende hielten inne und betrachteten Fotografien auf Stellwänden. Die Bilder setzen ein sensibles Thema kunstvoll in Szene: Sie zeigen Menschen, die mit einer Krankheit oder Behinderung Lebensmut, Humor und Zuversicht bewahren. Es sind die prämierten Werke eines Wettbewerbs des vdek zum Thema Selbsthilfe.

Unter Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe waren bundesweit junge Fotografinnen und Fotografen aufgerufen zu zeigen, was Selbsthilfe heute bedeutet. Entstanden ist daraus eine Wanderausstellung, die in allen Bundesländern an jeweils einem besonderen Ort zu sehen ist. In Niedersachsen wählte der vdek dafür das Siloah, am 15. September wurde die Ausstellung dort vom Leiter der Landesvertretung, Jörg Niemann, zusammen mit Sozialministerin Cornelia Rundt und Preisträger Benedikt Ziegler eröffnet.

Ministerin Rundt verwies dabei auf die verschiedenen Facetten des Themas, die die Fotografien eindrucksvoll widerspiegeln. Eine dieser Facetten beschrieb die Leiterin des Selbsthilfebüros Niedersachsen, Dörte von Kittlitz, in ihrem Grußwort. „Rampenlicht und Applaus sind nicht den Gesunden vorbehalten“, sagte sie mit Blick auf ein Bild, das den Bühnenauftritt eines Tänzers im Rollstuhl zeigt. ■



ERÖFFNUNG: Sozialministerin Cornelia Rundt und vdek-Landeschef Jörg Niemann (rechts).



INNEHALTEN IM KRANKENHAUSBETRIEB: Besucher der Ausstellung.

Ersatzkassen bieten spezielle Beratung in Arztpraxen

RESIST

Antibiotika bewusst anwenden – Resistenzen vermeiden

Antibiotika bewusst verschreiben und einnehmen – das ist Ziel des neuen Versorgungsprogramms RESIST („Resistenzvermeidung durch adäquaten Antibiotikaeinsatz bei akuten Atemwegsinfektionen“) von vdek und Kassenärztlicher Bundesvereinigung. Dabei können sich seit diesem Herbst Ersatzkassenversicherte mit Verdacht auf einen Atemwegsinfekt von einem Haus-, Kinder-, HNO-Arzt oder einem Facharzt für Innere Medizin speziell beraten lassen. In Niedersachsen haben 422 Ärzte ein Online-Schulungsprogramm abgeschlossen, um das Konzept in den Praxisalltag zu übernehmen. Viele Antibiotikarezepte werden wegen eigentlich harmlosen Atemwegsinfekten ausgestellt. Da diese Infekte zu 90 Prozent von Viren statt von Bakterien ausgelöst werden, sind Antibiotika hier meist wirkungslos. Schätzungsweise ein knappes Drittel aller Verordnungen ist unnötig und steigert das Risiko von Resistenzbildungen, führt zu vermeidbaren Nebenwirkungen und verursacht überflüssige Kosten. Ärzte und Patienten sollen deshalb zu einem sensibleren Umgang mit Antibiotika bewegt werden.

RESIST wird mit 14 Millionen Euro aus dem Innovationsfonds gefördert. Das Projekt läuft bis Juni 2019. Im Anschluss daran wird entschieden, ob es in die Regelversorgung übergeht.

„Wollen gemeinsam mit Heimen gute Projekte entwickeln“

Präventionsmaßnahmen in stationären Pflegeeinrichtungen waren das Thema eines Ersatzkassenforums der vdek-Landesvertretung. Die Veranstaltung hat gezeigt: Die Partner stehen vor einem Findungsprozess.



BETRETEN NEULAND: Schwester Anna Schenck (Caritas), Jörg Niemann (vdek), Sozialministerin Cornelia Rundt, Stephan von Kroge (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste) (v. l.).

Durch das Präventionsgesetz hat die soziale Pflegeversicherung einen zusätzlichen Auftrag bekommen: Auch Menschen in Pflegeheimen sollen von gesundheitsfördernden Angeboten profitieren. Die Pflegekassen stellen dafür bundesweit 21 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. „Wir betreten mit diesem Auftrag sozialrechtliches und versorgungspolitisches Neuland“, sagte der Leiter der vdek-Landesvertretung, Jörg Niemann, bei einem Ersatzkassenforum in Hannover.

Sozialministerin Cornelia Rundt verwies auf die steigende Bedeutung der Pflege angesichts der demografischen Entwicklung. Die Vertreter der Heime, Schwester Anna Schenck (Caritas) und Stephan von Kroge (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste) hatten vor allem Fragen im Gepäck: Wie lassen sich Präventionsmaßnahmen von bestehenden Leistungen

abgrenzen, welcher Aufwand erwartet Heimbetreiber? Mögliche Antworten lieferten Praxisbeispiele aus den Bereichen Aktivierung und Verpflegung. Sie zeigten, dass sich auch mit vergleichsweise einfachen Mitteln gute Effekte erzielen lassen.

Appell an Betreiber

Fazit des Ersatzkassenforums: Die Erkenntnislage ist noch recht dünn, aber es lohnt, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, denn der Bedarf ist vorhanden. vdek-Landeschef Niemann sprach von einem Findungsprozess der Partner und betonte, dass der vdek dafür ausdrücklich zur Verfügung stehe: „Wir möchten gemeinsam mit Pflegeeinrichtungen gute, praxistaugliche Projekte entwickeln. Ich rufe die Betreiber auf, die Initiative zu ergreifen und den Kontakt zu uns zu suchen.“ ■

KRANKENHÄUSER

Arzt im Urlaub – Notaufnahme geschlossen



FOTO: Wellhofer Designs – stock.adobe.com

Ein einzelner Arzt verabschiedet sich in den Urlaub und ein ganzes Krankenhaus muss Notaufnahme und Intensivstation schließen: Was sich Ende Juli in Zeven im Landkreis Rotenburg abspielte, hätte wohl das Zeug zu einer sommerlichen Posse, wenn der Vorgang nicht so ernst wäre. Zudem steht der Fall Zeven in zugespitzter Form exemplarisch für den deutlichen Handlungsbedarf bei der Modernisierung der Krankenhauslandschaft.

Zunächst einmal ist ein Haus wie das in Zeven mit nur 80 Betten als Einheit ganz offensichtlich zu klein, um eine ausreichende Personalvorhaltung sicherzustellen. Gerade die notwendige Rund-um-die-Uhr-Versorgung erfordert zwingend Möglichkeiten, jederzeit auf Personalausfälle zu reagieren.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung in Zeven sehr deutlich die Perspektiven kleiner, wenig spezialisierter Krankenhäuser im Wettbewerb der Kliniken um Patienten wie auch um Ärzte. So ist die Zahl der Betten in Zeven infolge mangelnder Auslastung seit 2000 um mehr als ein Drittel gesunken. Es gibt im Umkreis von rund 30 Fahrminuten andere Krankenhäuser als Wahlmöglichkeiten, darunter das in Rotenburg als Haus der Maximalversorgung. Und Patienten nutzen diese Wahlmöglichkeiten, sie nehmen für eine hohe Behandlungsqualität zunehmend auch weitere Wege in Kauf und wählen eben nicht die nächst gelegene Klinik. Solche Rahmenbedingungen erschweren es naturgemäß auch, Ärzte für eine dauerhafte Tätigkeit zu gewinnen.

Eine gute regionale Versorgung lässt sich nicht durch Standortsicherung erreichen. Die Aufgabe nicht zukunftsfähiger Standorte ist vielmehr geradezu Bedingung für eine hochwertige wohnortnahe Versorgung. Angebotsbündelungen erhöhen die Chance, innerhalb der Regionen leistungsfähige Häuser zu stärken, Leistungsschwerpunkte aufzubauen – und nicht zuletzt eine funktionierende Notfallversorgung zu organisieren. Auch in der Urlaubszeit.

KURZ GEFASST

Arztpraxen verbuchen 4,4 Prozent Honorarzuwachs

Die niedergelassenen Ärzte in Niedersachsen verzeichnen weiterhin starke Zuwächse ihrer Honorare: Im ersten Quartal 2017 haben die Krankenkassen rund 974 Millionen Euro für ärztliche Behandlungen ihrer Versicherten bezahlt und damit 4,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Für den einzelnen Arzt entspricht das einem durchschnittlichen Plus von 3,9 Prozent.

Mehr häusliche Sterbebegleitungen

Immer mehr Menschen in Niedersachsen suchen am Lebensende Unterstützung und Begleitung durch einen ambulanten Hospizdienst. Die Zahl der häuslichen Sterbebegleitungen im Land hat sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre nahezu verdoppelt und wird 2017 erstmals bei mehr als 4.000 liegen. Die Ersatzkassen unterstützen die ambulante Hospizarbeit in Niedersachsen in diesem Jahr mit 2,7 Millionen Euro und damit so stark wie nie zuvor.

vdek-Pflegelotse ausgezeichnet

Der vdek-Pflegelotse (www.pflegelotse.de) ist mit dem Preis „Deutschlands beste Online-Portale 2017“ ausgezeichnet worden. Das Webangebot erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Vergleichsportale Pflegedienste & Pflegeheime“. Der Fernsehsender n-tv und das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) hatten den Internet-Award erstmalig verliehen.

Mehrheit zufrieden mit Gesundheitssystem

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem Gesundheitswesen in Deutschland zufrieden. Darauf hat das Institut für Demoskopie Allensbach hingewiesen. 86 Prozent der gesetzlich Versicherten bewerten die Versorgung demnach mit gut oder sehr gut. Nur drei Prozent der Bürger finden das deutsche System schlechter als das in anderen Ländern.

Berufung in den Verwaltungsrat

Jörg Niemann, Leiter der vdek-Landesvertretung, ist vom Niedersächsischen Sozialministerium mit Wirkung vom 1. Dezember in den Verwaltungsrat des Klinischen Krebsregisters Niedersachsen berufen worden. Die Berufung erfolgt für die Dauer von drei Jahren.

WETTBEWERB

Ersatzkassen bauen Marktführung aus

Die Ersatzkassen in Niedersachsen haben ihre Position als Marktführer der gesetzlichen Krankenversicherung ausgebaut und dabei die 40-Prozent-Marke überschritten. Das geht aus der Jahresstatistik 2017 des Bundesministeriums für Gesundheit hervor. Demnach betreuen die sechs Ersatzkassen 2,8 Millionen Niedersachsen und damit 180.000 mehr als im Vorjahr. Das entspricht einem Anteil von rund 40,4 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten im Land. Der deutliche Versichertenzuwachs der Ersatzkassen resultiert vor allem aus der Fusion der BARMER GEK und der Deutschen BKK zur neuen BARMER zum Jahresbeginn.

DAK-GESUNDHEIT

Vennekold leitet Landesvertretung



FOTO DAK-Gesundheit

Die DAK-Gesundheit stellt sich neu auf: Seit Mitte des Jahres hat die Krankenkasse eine eigene Landesvertretung in Nie-

dersachsen. Leiter der Landesvertretung ist Dirk Vennekold. Er steht Politik und Vertragspartnern als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Gesundheitsökonom ist seit 28 Jahren bei der Krankenkasse tätig – zuletzt als Vertragschef der DAK-Gesundheit in Niedersachsen.

GURKE DES QUARTALS

Mit gefüllter Blase gegen die Bürgerversicherung

Mitte August konnte das Statistische Bundesamt mit guten Nachrichten aufwarten. Thema: das ärztliche Einkommen. Der Reinertrag je Praxisinhaber sei deutlich gestiegen, und zwar von 166.000 Euro im Jahr 2011 auf 190.000 Euro 2015. „Ärzte verdienen prächtig“, titelte die „Neue Württembergische Zeitung“ aus dem zur Bescheidenheit neigenden Südwesten. Die frohe Kunde kam zwar deutlich vor der Bundestagswahl am 24. September, allerdings nicht rechtzeitig genug, um die bereits anrollende Plakatkampagne des Spitzenverbandes Fachärzte Deutschlands zum Urnengang noch stoppen zu können. So also mussten die Patienten im Wartezimmer einmal mehr fürchten, dass es bereits fünf vor zwölf ist, originell illustriert durch ein Plakatmotiv mit Uhr. Aufzuhalten wäre der unerbittlich vorrückende Zeiger nur noch durch „100 Prozent Honorar für 100 Prozent Leistung – Damit Sie und Ihr Arzt am Ende des Quartals nicht leer ausgehen.“ Eher Verwirrung als Verängstigung stiftete der Blick auf ein anderes Werk, das einen offensichtlich unter starkem Harndrang leidenden Mann zeigt. Titel: „Meine Blase will nicht jeden Arzt“. Darunter: „Gegen die Bürgerversicherung! Damit Ihr Arzt auch in Zukunft noch Zeit für Sie hat“. Fragen drängen sich auf: Könnte eine gefüllte Blase nicht eher auf „dringlich“ statt auf „wählerisch“ hindeuten? Gehört die Frage nach der Zeit nicht eher zum Plakat mit der Uhr? Und vor allem: Was hat das eigentlich mit der Bürgerversicherung zu tun?

DER VDEK STELLT SICH VOR

Durch ihre Hände gehen Millionen



FOTO vdek

Christina Schneider arbeitet seit 16 Jahren als Office-Assistentin in der vdek-Landesvertretung. Die gelernte Bürokauffrau übernimmt dabei alle Aufgaben, die im Sekretariat anfallen, von der Texterfassung über Terminabstimmungen bis zur Vorbereitung von Sitzungen. Ihr Schwerpunkt ist die Buchhaltung. Sie organisiert Umlagen unter den Mitgliedskassen und überweist Zahlungen an Leistungserbringer und andere Partner. Dabei ist besondere Sorgfalt gefragt, denn es sind zum Teil Millionenbeträge, die durch ihre Hände gehen. Wichtige Ansprechpartnerin für die Mitarbeiter im Haus ist sie auch, wenn es um die Abrechnung von Reisekosten geht. Ob „Wegstreckenentschädigung“ oder „Kürzungsbetrag vom Tagegeld“: Christina Schneider weiß Bescheid und hilft gerne weiter.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesvertretung Niedersachsen des vdek
An der Börse 1, 30159 Hannover
www.vdek.com

Telefon 05 11 / 3 03 97-0

E-Mail LV-niedersachsen@vdek.com

Redaktion Hanno Kummer

Verantwortlich Jörg Niemann

Druck Kern GmbH, Bexbach

Konzept ressourcenmangel GmbH

Grafik Schön und Middelhaufe GbR

ISSN-Nummer 2193-2166